

Allgemeine Geschäftsbedingungen

§ 1 Regelungsumfang

Die nachstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für sämtliche uns erteilten Aufträge, insbesondere die Aufträge zur Veröffentlichung von Anzeigen in Printmedien und/oder im Internet sowie die Aufträge zur Beilegung beziehungsweise Einheftung von Werbeprospekten in Druckschriften. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden auch bei unserer widerspruchslosen Entgegennahme nicht Vertragsbestandteil.

§ 2 Vertragsabschluss; Ablehnungsrecht; Kennzeichnung als Anzeige

(1) Sofern nichts Abweichendes vereinbart wird, sind unsere Angebote freibleibend.

Ein verbindlicher Auftrag kommt entweder mit unserer schriftlichen Auftragsbestätigung oder mit Auftragsdurchführung, insbesondere mit Veröffentlichung der Anzeige zustande.

(2) Wir behalten uns vor, Aufträge insgesamt oder teilweise abzulehnen, wenn die Durchführung des Auftrages, insbesondere wegen des Inhalts, der Herkunft oder der Form der zu veröffentlichenden Anzeige, für uns unzumutbar ist.

(3) Anzeigen, die aufgrund ihrer redaktionellen Gestaltung nicht eindeutig als solche erkennbar sind, werden von uns als Anzeige kenntlich gemacht.

§ 3 Verantwortlichkeit für den Auftragsinhalt

Der Auftraggeber trägt die volle Verantwortung für den Inhalt des uns erteilten Auftrags, bei Anzeigenaufträgen insbesondere die presse-, wettbewerbs- und urheberrechtliche Verantwortung für die Anzeige, und hat uns deshalb von sämtlichen Ansprüchen Dritter aufgrund der Auftragserteilung und/oder der Auftragsdurchführung freizustellen.

§ 4 Fristen und Termine; Verzug

(1) Fristen und Termine sind für uns nur dann verbindlich, wenn wir diese schriftlich bestätigt haben. Fristen beginnen frühestens zu dem Zeitpunkt zu laufen, an dem wir von der verbindlichen Auftragserteilung Kenntnis erlangen, jedoch nicht, bevor uns die zur Durchführung des Auftrages erforderlichen Informationen und Gegenstände, insbesondere Muster und Anzeigenvorlagen, vollständig vorliegen.

(2) Ereignisse höherer Gewalt berechtigen uns, vereinbarte Fristen und Termine um die Dauer der Behinderung zuzüglich einer angemessenen Anlaufzeit danach nach billigem Ermessen zu verlängern beziehungsweise zu verschieben. Der höheren Gewalt stehen alle Umstände gleich, die uns die fristbeziehungsweise termingerechte Auftragsdurchführung ohne unser Verschulden wesentlich erschweren oder unmöglich machen, insbesondere Rohstoffmangel, Energieknappheit, Streik und Aussperrung, Rechenerausfall sowie sonstige Betriebsstörungen, gleich ob diese Ereignisse bei uns selbst oder bei Dritten (Lieferanten, Netzbetreibern) oder im öffentlichen Verkehr eintreten.

(3) Im Falle des Verzuges ist unsere Haftung auf die Versicherungssumme aus der für solche Fälle abgeschlossenen Betriebshaftpflichtversicherung, bei Fehlen einer solchen Versicherung auf den in Fällen dieser Art typischerweise vorhersehbaren Schaden beschränkt.

§ 5 Zahlungsbedingungen

(1) Die Zahlungsfrist beträgt 10 Tage und beginnt mit dem Tag der Rechnungsstellung.

Nur bei Abbuchungserlaubnis oder Vorauszahlung werden 2% Skonto vom Rechnungsbetrag abgezogen. Der Auftraggeber trägt zusätzlich die Kosten für die Anfertigung zur Auftragsdurchführung etwa erforderlicher Druckunterlagen und von ihm veranlasster Entwürfe, Muster und ähnlicher zusätzlicher Arbeiten sowie die gesetzliche Mehrwertsteuer.

(2) Aufwendungen für Diskont oder Spesen trägt der Auftraggeber.

(3) Im Falle des Zahlungsverzuges schuldet der Auftraggeber, der kein Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist, als Schadenspauschale Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten jährlich über dem Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank. Der Auftraggeber,

der im Sinne des § 13 BGB Verbraucher ist, schuldet im Falle des Zahlungsverzuges als Schadenspauschale Verzugszinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten jährlich über dem Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank. Der Nachweis eines höheren oder aber eines geringeren Verzugschadens bleibt jeweils vorbehalten. Der Auftraggeber, der kein Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist, kommt spätestens in Zahlungsverzug, wenn er nicht innerhalb von 30 Tagen nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung oder gleichwertigen Zahlungsaufstellung leistet.

(4) Das Recht zur Aufrechnung steht dem Auftraggeber nur insoweit zu, als seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, von ihm anerkannt oder unbestritten sind. Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts ist der Auftraggeber nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

(5) Im Falle einer wesentlichen Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftraggebers sind wir berechtigt, die weitere Auftragsdurchführung ohne Rücksicht auf ein vereinbartes Zahlungsziel von der Vorauszahlung der Vergütung und der Begleichung aller sonstigen fälligen Verbindlichkeiten des Auftraggebers abhängig zu machen.

§ 6 Mängelgewährleistung; Haftung

(1) Der Auftraggeber hat offensichtliche Mängel der Auftragsdurchführung unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Auftragsdurchführung, bei Anzeigenaufträgen spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung der Anzeige, schriftlich zu rügen; hiernach sind verspätete Mängelrügen ausgeschlossen. Im Übrigen gilt insoweit § 377 HGB. Sämtliche Mängelgewährleistungsansprüche unterliegen einer Verjährungsfrist von einem Jahr; ist der Auftraggeber Verbraucher im Sinne des § 13 BGB, so gilt abweichend hiervon eine Verjährungsfrist von zwei Jahren.

(2) Bei Anzeigenaufträgen und Aufträgen zur Beilegung beziehungsweise Einheftung von Werbeprospekten in Druckschriften stellt ein zum Zeitpunkt der Auftragsdurchführung eingetretener Rückgang der Auflage der belegten Druckschrift gegenüber der in unseren bei Vertragsschluss geltenden Media-Informationen ausgewiesenen Auflage um bis zu 20% noch keinen Mangel dar.

(3) Mängel eines Teils der Auftragsdurchführung berechtigen nicht zur Beanstandung der gesamten Auftragsdurchführung.

(4) Im Falle einer fristgerechten und begründeten Mängelrüge sind wir zur Nacherfüllung

auf unsere Kosten berechtigt. Bei unverhältnismäßig hohen Kosten kann die Nacherfüllung verweigert werden. Ist die Nacherfüllung fehlgeschlagen, unzumutbar, oder wurde sie verweigert, so kann der Auftraggeber nach seiner Wahl entweder vom Vertrag zurücktreten oder Herabsetzung der Vergütung entsprechend dem Ausmaß des Mangels oder Schadenersatz im Rahmen der nachfolgenden Absätze 5 und 6 oder aber, wenn er den Mangel selbst beseitigt, Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen verlangen.

(5) Für Fehler in die Auftragsdurchführung eingeschalteter Dritter haften wir nur bis zur Höhe unserer eigenen Ansprüche gegen diese Dritten. Wir sind in einem solchen Falle berechtigt, Gewährleistungsansprüche des Auftraggebers durch Abtretung der uns zustehenden Ansprüche gegen diese Dritten zu erfüllen. Wird von diesem Recht Gebrauch gemacht, so stehen dem Auftraggeber weitere Gewährleistungsansprüche uns gegenüber nur dann zu, wenn diese Dritten einem mit schlüssiger Begründung versehenen Gewährleistungsverlangen des Auftraggebers nicht nachkommen.

(6) Für Schadenersatzansprüche des Auftraggebers wegen mangelhafter Auftragsdurchführung oder anderer Pflichtverletzungen gilt folgendes: Wir haften nicht für Schäden, die nicht am Liefer- oder Leistungsgegenstand selbst entstanden sind; insbesondere haften wir nicht für entgangenen Gewinn oder sonstige Vermögensschäden des Auftraggebers. Diese Haftungsfreizeichnung gilt nicht für Körper und Gesundheitsschäden sowie ferner nicht für vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden. Sie gilt ferner nicht bei Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht; in diesem Fall ist unsere Haftung auf die Versicherungssumme aus der für solche Fälle abgeschlossenen Betriebshaftpflichtversicherung, bei Fehlen einer solchen Versicherung auf den in Fällen dieser Art typischerweise vorhersehbaren Schaden beschränkt.

Soweit unsere Haftung ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung unserer gesetzlichen Vertreter, Angestellten, Arbeiter, freien Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen.

§ 7 Rückgabe und Aufbewahrung von Unterlagen und sonstigen Gegenständen

Sämtliche im Rahmen der Auftragsdurchführung erlangten oder hergestellten Unterlagen und sonstige Gegenstände werden auf gesonderte Anforderung des Auftraggebers auf dessen Kosten herausgegeben. Unsere Pflicht zur Aufbewahrung dieser Unterlagen und sonstigen Gegenstände endet drei Monate nach Auftragsdurchführung.

§ 8 Erfüllungsort; anwendbares Recht; Gerichtsstand; Teilunwirksamkeit

(1) Erfüllungsort ist Hannover

(2) Die Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftraggeber und uns unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

(3) Ist der Auftraggeber Kaufmann im Sinne des HGB, so ist als Gerichtsstand Hannover vereinbart. Dasselbe gilt, wenn es sich bei dem Auftraggeber um eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder um ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen handelt oder wenn der Auftraggeber keinen eigenen Gerichtsstand im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat. Die Gerichtsstandsvereinbarungen in Satz 1 und 2 gelten nicht bei einer durch Gesetz begründeten, abweichenden ausschließlichen Zuständigkeit.

(4) Eine etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen lässt die Gültigkeit der übrigen Vorschriften unberührt. Beide Vertragsparteien verpflichten sich für diesen Fall, eine dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommende, rechtlich zulässige Neuregelung zu vereinbaren.

General terms and conditions

§ 1 Scope

The general terms and conditions mentioned below shall apply to all orders awarded to us, especially orders to publish advertisements in printed media and/or on the Internet, as well as orders for attaching, or more specifically, inserting advertising leaflets in printed material. The general terms and conditions of the client, even if accepted by us, shall not form part of the Agreement.

§ 2 Agreement conclusion; right of refusal; identification as advertising

(1) Unless otherwise agreed, our quotations shall be subject to change.

An order shall become binding either following written order confirmation or upon its execution, in particular when publishing advertisements.

(2) We reserve the right to decline orders, in whole or in part, if we consider it unreasonable to execute the order, especially due to the content, origin or the form of the advertisement to be published.

(3) Advertisements which cannot be clearly recognized as such based on their editorial design shall be identified as advertising by us.

§ 3 Responsibility for order content

The client shall bear full responsibility for the content of the order issued to us, in the case of advertising orders he shall be particularly responsible for issues relating to press, competition and copyright laws for the advertisement, and must therefore release us from all third-party claims based on the issue of and/or performance of the order.

§ 4 Notice periods and deadlines; default

(1) Notice periods and deadlines shall only be binding on us if these have been confirmed by us in writing. Notice periods shall commence no sooner than the time when we become aware of the binding order being issued, however, not before we have at our disposal the full information and items, in particular samples and advertisement templates, required to execute the order.

(2) In the event of force majeure, we shall be entitled to extend, or postpone, any agreed notice periods and deadlines by the length of the impediment in addition to a commensurate lead-time at reasonable discretion. Force majeure shall be deemed to be any circumstances that significantly impair or render impossible through no fault on our part execution of the order by us in accordance with the proper notice periods or deadlines. This applies, in particular, to raw material shortages, power shortages, strikes and lockouts, computer outages as well as other operational disruptions, irrespective of whether these events arise for us, third parties (suppliers, network operators), or public transport providers.

(3) In the event of default, our liability shall be limited to the sum insured from the business liability insurance policy concluded for such cases and in the absence of such an insurance policy limited to typically foreseeable damages in cases of this type.

§ 5 Payment conditions

(1) The payment term shall be 10 days and shall commence on the day the invoice is issued. A discount of 2% may only be deducted for debit authorizations and prepayments. The client shall in addition bear the preparation costs for executing the order, for example, any printed documents required and any drafts, samples and similar other tasks requested by him, as well as any statutory value-added tax.

(2) Expenses for rebates or fees shall be borne by the client.

(3) In the event of payment default, the client, who is not a consumer within the meaning of § 13 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch [German Civil Code]), shall be liable for interest on arrears at nine (9) percentage points per annum above the base interest rate of the German central bank (Bundesbank) as a lump-sum payment. The client,

who is not a consumer under the meaning of § 13 BGB, shall be liable for interest on arrears at five (5) percentage points per annum above the base interest rate of the German Bundesbank as a lump-sum payment. We reserve the right to assert claims for higher or lower rates of compensation for defaults in each case. The client, who is not a consumer within the meaning of § 13 BGB, shall be in payment default at the latest if he does not pay within 30 days after the due date and receipt of an invoice or comparable payment schedule.

(4) The client shall only be granted the right to offset insofar his counterclaims are deemed legally enforceable, are recognized by him, and are undisputed. The client shall only be authorized to exercise the right of retention insofar his counterclaim is based on the same contractual relationship.

(5) In the event of significant worsening of the client's financial circumstances, we shall be entitled to make further performance of the order dependent on prepayment of the amount due and settlement of all other client liabilities due regardless of any agreed terms of payment.

§ 6 Warranty for defects; liability

(1) The client must make a complaint in writing regarding obvious defects in the order execution without delay, within two weeks at the latest after being aware of the order execution, in the case of advertising orders within two weeks at the latest after the advertisements are published; notification of defects after this time shall hereby be excluded. Furthermore, § 377 HGB (Handelsgesetzbuch [German Commercial Code]) shall apply in this respect. All warranty claims for defects shall be subject to a limitation period of one year; notwithstanding this, if the client is a consumer within the meaning of § 13 BGB, then a limitation period of two years shall apply.

(2) For advertisement orders and orders for attaching or inserting advertising leaflets in printed material, a decline in the circulation of the print layouts occurring at the time of executing the order versus circulation reported in our media information applicable at the time of contract conclusion of up to 20% still does not constitute any defect.

(3) Defects in one part of the order execution do not give grounds for complaint regarding the entire order execution.

(4) In the event of justified complaints notified in a timely manner, we shall be entitled

to costs for supplementary performance. Supplementary performance may be refused if these costs of this are disproportionately high. If the supplementary performance fails, is unreasonable or was refused, then the client may choose either to withdraw from the Agreement or to reduce the payments in accordance with the extent of the defect or compensation within the scope of the following paragraphs 5 and 6 or, however, if he resolves the defect himself, request reimbursement for any expenditure required to do so.

(5) For errors in executing the order by appointed third parties, we shall only be liable up to the amount of our own claims against these third parties. In such a case, we shall be entitled to fulfill warranty claims of the client by assigning our claims arising against these third parties. If this right is exercised, then further warranty claims shall only arise for the client against us if these third parties do not comply with a warranty request from the client that is substantiated with coherent reasoning.

(6) For client compensation claims due to defective order execution or other breaches of duties, the following shall apply: We shall not be liable for any damages that have not occurred for the delivery item or services rendered; in particular, we shall not be liable for any lost profits or other financial losses of the client. This exemption from liability shall not apply to damages for personal injury or harm to health and, furthermore, not to any losses caused intentionally or through gross negligence. Furthermore, this shall not apply if a substantive obligation in the Agreement is breached; in this case, our liability shall be limited to the sum insured from the business liability insurance policy concluded for such cases and, in the absence of such an insurance policy, limited to typically foreseeable damages in cases of this type.

Insofar our liability is excluded or limited, this shall also apply to the personal liability of our legal representatives, employees, workers, freelancers and vicarious agents.

§ 7 Return and retention of documents and other items

All documents obtained or created within the scope of executing the order shall be issued at the special request of the client at his own expense. Our duty to retain these documents and other items shall end three months following order execution.

§ 8 Place of performance, applicable law; place of jurisdiction; partial invalidity

(1) The place of performance shall be Hanover.

(2) The legal relationships between the client and us shall be governed exclusively by the laws of the Federal Republic of Germany.

(3) If the client is a merchant within the meaning of HGB, then Hanover is the agreed place of jurisdiction. The same shall apply when, for the client, it is a matter of a legal entity under public law or a special asset under public law or if the client does not have his own place of jurisdiction in the Federal Republic of Germany. The agreements in clause 1 and 2 regarding the place of jurisdiction shall not apply in the event of another sole place of jurisdiction that is set out by law.

(4) If any individual provisions of these General Terms and Conditions become invalid, the remaining provisions shall not be affected. Both contractual parties undertake, in this case, to adopt a new legally enforceable arrangement that most closely resembles the commercial intent of the invalid provision.